



Zweite Europaweite Erhebung zur Lebensqualität Lebensbedingungen, soziale Ausgrenzung und psychisches Wohlbefinden

Zusammenfassung

Einleitung

In den letzten zwei Jahrzehnten hat in der europäischen Diskussion über den sozialen Fortschritt und seine Messung eine wesentliche Verlagerung stattgefunden: Der Armutsbegriff wird in der EU-politischen Diskussion über soziale Gefährdung und Benachteiligung zunehmend durch den Begriff der sozialen Ausgrenzung ersetzt. Ungünstige Arbeitsmarkt- und Lebensbedingungen wirken sich sowohl auf die soziale Teilhabe als auch auf soziale Kontakte aus, was wiederum Auswirkungen auf die Lebensqualität der europäischen Bürger und die von ihnen wahrgenommene soziale Ausgrenzung hat. Die zweite Europaweite Erhebung zur Lebensqualität (EQLS), die die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) im Jahr 2007 durchführte, vermittelt ein umfassendes Bild der vielfältigen sozialen Realität in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Norwegen und den Kandidatenländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien und Türkei.

In diesem Bericht werden die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen, sozialer Ausgrenzung und psychischem Wohlbefinden untersucht. Anhand der Ergebnisse der EQLS wird untersucht, welche Faktoren die wahrgenommene soziale Ausgrenzung und ihre Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden beeinflussen. Dazu gehören Zugang zum Arbeitsmarkt, Einkommen und Lebensstandard und die Verfügbarkeit sozialer Unterstützung.

Politischer Hintergrund

Mit der Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedstaaten wurden mehrere Länder aufgenommen, in denen der Lebensstandard deutlich niedriger ist als in den ursprünglichen 15 Mitgliedstaaten (EU-15). Viele der 12 neuen Mitgliedstaaten (NMS-12) und die drei Kandidatenländer (KL3) weisen höhere Arbeitslosenzahlen und Armutsraten und eine unzureichende soziale Infrastruktur auf. Angesichts dieser Situation kommt der Politikgestaltung der EU im Bereich soziale Ausgrenzung und Armut besondere Bedeutung zu.

Die politischen Entscheidungsträger haben die Aufgabe, positive Veränderungen herbeizuführen, um diese ausge-

prägten Unterschiede im Lebensstandard abzumildern, die den sozialen Zusammenhalt in der EU untergraben könnten – vor allem, wenn Referenzgruppen aus anderen, wohlhabenderen Mitgliedstaaten zum Vergleich herangezogen werden. Wenn die Ziele der EU im Hinblick auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze und größeren sozialen Zusammenhalt erreicht werden sollen, muss ein Europa aufgebaut werden, das weniger ausgrenzt und stärker einbezieht.

Wichtigste Ergebnisse

Allgemeine Muster der sozialen Ausgrenzung

Die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger fühlt sich sozial integriert: Bei 86 % der Befragten ergeben die Indikatoren für soziale Integration positive Ergebnisse. 14 % der Befragten geben jedoch an, in gewissem Umfang sozial ausgegrenzt zu sein, 2 % fühlen sich sozial stark ausgegrenzt. Der Grad der Einbeziehung ist in den EU15-Mitgliedstaaten höher und in den KL3 und NMS-12 geringer. Insbesondere Bürger Bulgariens, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatiens und Rumäniens fühlen sich am häufigsten sozial ausgegrenzt, während in Dänemark, Norwegen und Schweden soziale Ausgrenzung im Durchschnitt am seltensten angegeben wird.

Auswirkungen des makroökonomischen Umfelds

Der durchschnittliche Grad der wahrgenommenen sozialen Ausgrenzung in einem Land hängt eng mit dessen Bruttoinlandsprodukt (BIP) zusammen. Es besteht jedoch keine feste Korrelation. Einige Länder, vor allem in Skandinavien, verzeichnen geringere Grade sozialer Ausgrenzung als andere, wie beispielsweise Österreich, Belgien und Frankreich, mit gleichem Pro-Kopf-BIP. Ebenso ist in einigen der weniger wohlhabenden EU-Mitgliedstaaten, wie z. B. Malta, Portugal und Slowenien, das Integrationsniveau trotz eines niedrigeren BIP hoch. Die Arbeitslosenrate und das Niveau der Einkommensarmut hängen ebenfalls mit der sozialen Ausgrenzung zusammen, auch wenn es einigen Ländern offenbar besser gelingt, die soziale Integration angesichts steigender Arbeitslosigkeit zu erhalten.

Ausgrenzungsindikatoren auf Mikroebene

Größere materielle Entbehrung und wirtschaftlicher Druck sind Indikatoren für die soziale Ausgrenzung eines Individuums. In den KL3 und NMS-12 trägt eine stärkere Deprivation erheblich dazu bei, dass sich im Vergleich zu den EU-15 mehr Menschen sozial ausgegrenzt fühlen. Dennoch fühlen sich Bürger der EU-15, die in gleichem Maße von Deprivation betroffen sind, weniger stark ausgegrenzt.

In allen Ländern berichten arbeitslose Personen häufiger von sozialer Ausgrenzung als Gruppen mit jedem anderen Beschäftigungsstatus. Arbeitslosigkeit führt in gleichem Umfang zu einer wahrgenommenen Ausgrenzung, auch wenn die Lebensbedingungen unter Umständen sehr unterschiedlich sind. Personen in höheren beruflichen Positionen und solche, die nicht-manuellen Tätigkeiten nachgehen, fühlen sich meist weniger ausgegrenzt.

Rolle sozialer Unterstützung

Die Möglichkeiten, finanzielle Unterstützung zu erhalten, werden in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen. Obwohl fast 85 % der Befragten angeben, sie könnten bei Bedarf im Notfall finanzielle Unterstützung erhalten, ist dieser Anteil in den KL3 und NMS-12 tendenziell geringer als in den EU-15. Die Rolle der Familie bei der Bereitstellung finanzieller Unterstützung wird in den verschiedenen Ländern ebenfalls unterschiedlich eingeschätzt; in den KL3 und NMS-12 geben weniger als 60 % die Familie als wichtigste Quelle für Unterstützung an, in den EU-15 sind es 70 %. Geringere Unterschiede zwischen Ländern und Ländergruppen zeigen sich in Bezug auf die wahrgenommene Verfügbarkeit moralischer Unterstützung. Hier wird am häufigsten die Familie genannt, die von etwa zwei Dritteln der europäischen Bürger in allen Ländergruppen als wichtigste Quelle für Unterstützung angegeben wird. Insgesamt gilt hier im selben Maße wie bei der materiellen Entbehrung, dass sich Personen, die Zugang zu finanzieller oder moralischer Unterstützung haben, weniger häufig sozial ausgegrenzt fühlen.

Psychisches Wohlbefinden

In allen Ländern besteht ein Zusammenhang zwischen größerem Wohlstand in Form eines höheren BIP und größerem psychischen Wohlbefinden. Dies könnte einer der Gründe dafür sein, dass die Bürger der KL3 und NMS-12 im Durchschnitt ein deutlich geringeres psychisches Wohlbefinden angeben als Bürger der EU-15. Die Befragten in den EU-15 gaben jedoch auf allen Deprivationsniveaus im Vergleich zu den Bürgern der KL3 und der NMS-12 ein größeres psychisches Wohlbefinden an.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländergruppen zeigen sich bei der Rolle der sozialen Ausgrenzung in Bezug auf die psychische Gesundheit. In den KL3 bedingt die soziale Ausgrenzung nur in begrenztem Umfang ein geringeres psychisches Wohlbefinden, während dieser Effekt in den NMS-12 fünfmal und in den EU-15 siebenmal so stark ist. Allem Anschein nach sind in allen Ländern die direkten Auswirkungen von Deprivation auf die psychische Gesundheit sehr viel erheblicher als die indirekten Auswirkungen durch soziale Ausgrenzung. Die indirekten Auswirkungen sind jedoch in den ärmeren KL3 im Verhältnis geringer als in den NMS-12 oder den EU-15.

Politische Empfehlungen

- Offizielle Indikatoren für soziale Ausgrenzung sollten möglichst durch subjektive Messungen der wahrgenommenen sozialen Ausgrenzung ergänzt werden, um festzustellen, welche Benachteiligungen sich auf die Lebensqualität der europäischen Bürger und die Bedingungen auswirken, die sie beeinflussen.
- Ein höheres Bildungs- und Kompetenzniveau sowie die Entwicklung eines dynamischen und vielfältigen Arbeitsmarktes in den KL3 und NMS-12 könnten eine Grundlage dafür schaffen, dass die Unterschiede in den Lebensbedingungen der jetzigen und künftigen EU-Staaten geringer werden.
- Um für arbeitsfähige Personen einen Zugang zum Arbeitsmarkt und für alle anderen eine garantierte Grundversorgung sicherzustellen, sollten Maßnahmen wie z. B. aktive Arbeitsmarktprogramme und Programme für Einkommenstransfer kohärent und zum beiderseitigen Nutzen weiterentwickelt werden.
- Soziale Unterstützung spielt bei der Verbesserung von Integration und psychischem Wohlbefinden für alle Bürger und dem Erhalt des psychischen Wohlbefindens für Menschen mit schlechten Lebensbedingungen eine entscheidende Rolle. Ein vorrangiges politisches Ziel der EU und der Einzelstaaten sollte es dabei sein, sich mit Politikmaßnahmen zur Stärkung oder Erhaltung der sozialen Unterstützung zu befassen.
- Aufgabe der Politik im Bereich der psychischen Gesundheit ist es, die weiterreichenden Faktoren zu erkennen und gezielt anzugehen, die in Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen zu psychischem Stress führen, der wiederum die Anfälligkeit für schwerere Störungen der psychischen Gesundheit verstärken kann, was auf lange Sicht kostspieligere Folgen und Behandlungen nach sich zieht.
- Die Länder sollten sich bemühen, aus bewährten Praxisbeispielen zu lernen, da es einigen Ländern, vor allem in Skandinavien, besser gelingt, bei gleichem Gesamtwohlstand, nominell gleicher individueller Deprivation und nominell gleichem Lebensstandard ein höheres Maß an Integration zu erreichen.

Weitere Informationen

Der EQLS-Bericht *Living conditions, social exclusion and mental well-being* (Lebensbedingungen, soziale Ausgrenzung und psychisches Wohlbefinden) ist online abrufbar unter:
<http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef0988.htm>.

Der EQLS-Übersichtsbericht und weitere Sekundäranalysen der Erhebungsdaten sind auf der Eurofound-Website abrufbar unter:
<http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/>.

Teresa Renehan, Information liaison officer
ter@eurofound.europa.eu